

Datenschutzhinweise zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten

Wir informieren Sie hiermit über den Datenschutz bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Informationspflichten nach Art. 13, 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) i.V.m. §§ 82, 82a SGB X).

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?

Verantwortliche ist:

Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG)
Massaquoipassage 1
22305 Hamburg
Tel. 040 - 5146-0
Fax 040 - 5146-2146
E-Mail: kundendialog@vbq.de

Die Datenschutzbeauftragte erreichen Sie unter der o.g. Anschrift beziehungsweise unter datenschutz@vbq.de

2. Was ist der Zweck der Verarbeitung?

Die VBG ist verpflichtet zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung die erforderlichen Daten zu erheben und zu verarbeiten. Die gesetzlichen Aufgaben sind (§ 199 SGB VII):

- die Feststellung der Zuständigkeit und des Versicherungsstatus,
- die Erbringung der Leistungen einschließlich Überprüfung der Leistungsvoraussetzungen und Abrechnung der Leistungen,
- die Berechnung, Festsetzung und Erhebung von Beitragsberechnungsgrundlagen und Beiträgen,
- die Durchführung von Erstattungs- und Ersatzansprüchen,
- die Verhütung von Versicherungsfällen, die Abwendung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren sowie die Vorsorge für eine wirksame Erste Hilfe,
- die Erforschung von Risiken und Gesundheitsgefahren für die Versicherten.

Eine Weiterverarbeitung von personenbezogenen Daten, die für einen konkreten Zweck erhoben wurden, ist nur zulässig, wenn dies für eine andere gesetzlich definierte Aufgabe erforderlich ist (§ 67c Abs. 2 SGB X)

3. Auf welcher Rechtsgrundlage werden Ihre personenbezogenen Daten erhoben und verarbeitet?

Ihre personenbezogenen Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis nach § 35 SGB I. Dies bedeutet, dass die VBG diese Daten nur im Umfang der gesetzlichen Bestimmungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) verarbeitet und nur die

Beschäftigten der VBG Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten erhalten, die diese Daten zur Aufgabenerfüllung benötigen.

Die VBG ist gesetzlich befugt und verpflichtet alle für die Beurteilung Ihres Versicherungsfalles erforderlichen personenbezogenen Daten gemäß Art. 6 Abs. 1 c, e und Art. 9 Abs. 2 b, h DSGVO in Verbindung mit §§ 199 SGB VII ff, 67 SGB X ff zu erheben und zu verarbeiten.

Da die VBG ihre Aufgabe nur mit vollständigen Daten erfüllen kann, haben Sie in diesem Umfang auch eine Mitwirkungspflicht nach § 60 SGB I. Wenn Sie dieser Mitwirkungspflicht nicht nachkommen, kann es sein, dass die VBG Ihren Anspruch nicht ermitteln kann und Sie Nachteile erleiden.

Soweit möglich wird die VBG die erforderlichen personenbezogenen Daten direkt bei Ihnen erheben. Dies ist jedoch nicht immer möglich. Aus diesem Grund gibt es gesetzliche Ausnahmen von dem Direkterhebungsgrundsatz und es dürfen diese Daten bei anderen Stellen angefordert werden (§ 67a SGB X), wie z.B. von:

- Ärzten (insbesondere der Durchgangsarzt),
- Ihrem Arbeitgeber (insbesondere Pflicht zur Unfallanzeige),
- Krankenkassen (insbesondere bezüglich der Vorerkrankungen).

Auch für die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten an andere Stellen gibt es gesetzliche Regelungen insbesondere gemäß Art. 6 Abs. 1 c, e und Art. 9 Abs. 2 b, h DSGVO in Verbindung mit §§ 199 Abs. 2 SGB VII, 67e - 77 SGB X.

Neben den gesetzlichen Verpflichtungen/Befugnissen ist eine Datenverarbeitung auch mit Ihrer Einwilligung möglich (Art. 6 Abs. 1 a und Art. 9 Abs. 2 a DSGVO). Sofern eine solche Einwilligung erforderlich werden sollte, werden wir uns im weiteren Verwaltungsverfahren direkt an Sie wenden und Sie über die Bedingungen Ihrer Einwilligung informieren.

4. Welche Kategorien personenbezogener Daten können verarbeitet werden?

Relevante personenbezogene Daten sind:

- Angaben zur Person (z.B. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit),
- Kontaktdaten (z.B. Anschrift, Telefonnummer, Emailadresse),
- Abwicklungsdaten (z.B. Kontoverbindung, zuständiger Krankenversicherungsträger, Arzt- und Apothekenrechnungen, Sozialversicherungsnummer, Unfallaktenzeichen, Leistungshöhe, Leistungszeitraum),
- Angaben zum Versicherungsfall (z.B. Arbeitgeber, Unfalltag, Unfallhergang, Diagnosen, Arztberichte, Gutachten, Vorerkrankungen, Jahresarbeitsverdienst). Alle Informationen im Zusammenhang mit Ihrem Unfall, die erforderlich sind, um die Ziele Ihrer umfassenden Teilhabe am Arbeitsleben sowie sozialen Teilhabe zu erreichen (z.B. berufliche Qualifikationen, Wohnverhältnisse).

5. Wer erhält Kenntnis von Ihren personenbezogenen Daten?

Datenübermittlungen an Stellen außerhalb der VBG erfolgen ausschließlich aufgrund gesetzlicher Übermittlungsbefugnisse oder mit Ihrer Einwilligung.

Mögliche Empfänger Ihrer personenbezogenen Daten außerhalb der VBG:

- Leistungserbringer (z.B. Ärzte, Gutachter, Krankenhäuser, Reha-Zentren, Hilfsmitteldienstleister, Apotheken, Krankenkasse zur Abwicklung der Auszahlung von Verletztengeld, Postrentendienst zur Auszahlung von Renten)
- Unfallbetrieb oder zuständige Einrichtung zu der Sie in einer unfallversicherungsrechtlichen Beziehung stehen können (z.B. Arbeitgeber, kirchliche Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser, Reha-Einrichtungen)
- Andere Sozialleistungsträger (z.B. Krankenkasse, Bundesagentur für Arbeit, Versorgungsamt oder andere Behörde, der Aufgaben nach dem Schwerbehinderten- oder sozialen Entschädigungsrecht übertragen sind, Rentenversicherung)
- Andere Unfallversicherungsträger (z.B. für gemeinsame Vorsorgedateien bei möglichen Berufskrankheiten)
- Der Spitzenverband der Deutschen gesetzlichen Unfallversicherung (z.B. für Statistiken)
- Beteiligte im Regressverfahren (z.B. Unfallbeteiligte, Zeugen, Versicherung)
- Rechtsanwälte, Gerichte, Geldinstitute

6. Werden Ihre Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Übermittlung an ein Drittland (außerhalb der Europäischen Union) bzw. an ein Land ohne angemessenes Datenschutzniveau oder eine internationale Organisation findet regelmäßig nicht statt. Es kann jedoch sein, dass es in Ihrem Interesse zur Leistungserbringung erforderlich ist (z.B. Behandlung im Ausland oder Sie verlegen Ihren Wohnort in ein Drittland).

7. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Die Daten werden solange gespeichert, wie es zur Aufgabenerfüllung einschließlich der Erfüllung der gesetzlichen, satzungsmäßigen oder vertraglichen Aufbewahrungsverpflichtung erforderlich ist.

Die Speicherdauer hängt von verschiedenen Faktoren ab, z.B.:

- Soweit es sich um Unfalldaten oder Angaben im Zusammenhang mit Berufskrankheiten handelt, hängt die Speicherdauer davon ab, wie lange die Daten auch nach Abschluss des Verwaltungsverfahrens erforderlich sein können (z.B. bei Folgebeschwerden).
- Soweit es sich um Rechnungsdaten oder rechnungsbegründende Unterlagen handelt, ist eine Aufbewahrungspflicht von sechs bzw. zehn Jahren vorgeschrieben.

8. Welche Datenschutzrechte haben Sie?

Sie haben jederzeit ein Recht auf Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten, die wir verarbeiten und das Recht Ihre Akte einzusehen (§ 25 SGB X). Einschränkungen sind unter bestimmten Voraussetzungen gesetzlich vorgesehen, insbesondere, wenn

in Ihrem eigenen Interesse einzelne Angaben unmittelbar von einem Arzt erläutert werden sollten oder wenn Rechte Dritter betroffen sind.

Soweit die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind, haben Sie auch das Recht auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten (Art. 15 – 18 DSGVO).

Im Sozialrecht gibt es noch besondere Bestimmungen zum Widerspruchsrecht bei der Übermittlung von Daten, die die VBG Ärzten oder anderen Geheimnisträgern nach § 203 StGB (sog. verlängerte Schweigepflicht) oder anderen Sozialleistungsträgern übermittelt. Auf dieses Widerspruchsrecht weisen wir Sie im Verwaltungsverfahren gesondert hin.

9. Ihr Widerrufsrecht

Wurde die Datenverarbeitung mit Ihrer Einwilligung vorgenommen, haben Sie selbstverständlich jederzeit das Recht Ihre Einwilligung zu widerrufen. Beachten Sie jedoch, dass der Widerruf nicht rückwirkend möglich ist, das heißt die bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen bleiben rechtmäßig.

Den Widerruf können Sie gegenüber der Verantwortlichen abgeben (siehe 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen können Sie sich wenden?).

10. Ihr Beschwerderecht

Sollten Sie der Ansicht sein bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten in Ihren Rechten verletzt worden zu sein, können Sie sich auch an die Datenschutzaufsichtsbehörde wenden.

Zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde der VBG ist:

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Straße 153
53117 Bonn
Tel.: 0228 997799-0
Fax: 0228 997799-5550
poststelle@bfdi.bund.de